

Kein Widerspruch zu Heimat- und Traditionsbewusstsein Heimatdienst weiter erfolgreich auf Versöhnungskurs

Von Josef Feldner

Nach Jahrzehntelangem Volksgruppenstreit hat der Kärntner Heimatdienst 2005 mit dem breit gewürdigten Ortstafelkompromiss und dem ein Jahr darauf gemeinsam mit den Slowenen-Organisationen feierlich gelobten Bemühen, nach Kräften an einer Streitbeendigung zu arbeiten, den Weg zur Verständigung und Versöhnung geebnet.

Das Jubiläumsjahr „100 Jahre Kärntner Volksabstimmung“



Seit 2016 wurde der grenzüberschreitende Dialog sukzessive erweitert, wie der historische Handschlag mit dem Generalsekretär des „General Maister Verbandes“, Rudi Fajfar (Bild links) ebenso beweist, wie die Kranzniederlegung im Rahmen der Kärntner Konsensgruppe im Mai 2017 auf dem Laibacher Zentralfriedhof im Gedenken an die von Faschisten und Nationalsozialisten erschossenen slowenischen Geiseln (Bild rechts).

Neben Verständigung und Versöhnung zählt auch Traditionsbewusstsein, die Pflege unserer gemeinsamen Kultur und unserer deutschen Muttersprache zu unseren statutengemäßen Aufgaben.



Beim Festakt „100 Jahre Kärntner Heimatdienst“ wurde neben dem Gedenken an Abwehrkampf und Volksabstimmung auch dem Kärntner Liedgut großer Stellenwert beigemessen (Bild links). Von Protesten unbeirrt würdigte der KHD auf einem der Gemeinsamen Heimat gewidmeten Denkmal auch die großen Verdienste von Hans Steinacher im geistigen Kampf pro Österreich und ließ dabei auch scharfe Kritiker zu Wort kommen (Bild rechts)



Klimawandel, Corona-Pandemie, drohende Massenzuwanderung, Genderwahnsinn, antiweißer Rassismus, Überbevölkerung Wir alle stehen jetzt vor großen Herausforderungen

Mit seinem Verständigungskurs konnte der Kärntner Heimatdienst erfolgreich wertvolle Friedensarbeit leisten und damit ganz wesentlich zu einem funktionierenden friedlichen Miteinander in Kärnten beitragen.

Auch wenn wir im Großen nichts bewegen können, so können wir uns vor weltweit drohenden Gefahren und Fehlentwicklungen nicht verschließen und müssen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten den Herausforderungen stellen.

Wenn wir dabei mannigfaltig Kritik üben und nicht immer der verordneten Meinung folgen, so nehmen wir uns das Recht auf Meinungsfreiheit heraus als unverzichtbares demokratisches Grundprinzip.

Der Beitrag der Konsensgruppe zur Ortstafellösung 2011

Von Josef Feldner

Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Das war auch in zahlreichen Berichten und Kommentaren zum 10-Jahr-Jubiläum der Ortstafellösung 2011 nicht anders.

Da gab es viele, die zumindest den Hauptanteil für das Zustandekommen für sich reklamierten und die andere - wie etwa die Kärntner Konsensgruppe und mit ihr den KHD - unerwähnt ließen.

In einer Einschaltung in der Kärntner Tagespresse unter dem Titel „**Andere haben verhandelt, Heimatdienst hat gehandelt**“, hat der Kärntner Heimatdienst diese Behauptungen widerlegt und stellte klar, dass der KHD bereits 2005 gemeinsam mit den Slowenen-Organisationen als „Kärntner

Konsensgruppe“ über Anregung von Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in kürzester Zeit einen Kompromissvorschlag erarbeitet hatte, der sodann die Basis für die politische Ortstafellösung 2011 gewesen ist.

Landeshauptmann Peter Kaiser:

„Die Konsensgruppe hat durch Gespräche ihre eigenen Anliegen im jeweiligen Gegenüber erkannt.“



In einer Aussendung des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 23. April würdigte Landeshauptmann Peter Kaiser die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe, die „durch das gegenseitige Zuhören und Aufeinander Zugehen“ dazu beigetragen habe, dass sich Kärnten heute „als ein in Vielfalt geeintes Land im Herzen Europas“ präsentieren kann.

Und Kaiser weiter:

„Es ist die Konsensgruppe, Josef Feldner und Marjan Sturm sowie Heinz Stritzl, Stefan Karner und Bernard Sadovnik, gewesen, die europaweit vielbeachtet durch Gespräche erkannt hätten, wie sehr sie sich selbst und die eigenen Anliegen eigentlich im jeweiligen Gegenüber erkennen. Eine Tugend, die uns allen, Politikerinnen und Politikern ebenso wie Bürgerinnen und Bürgern, generell wieder bewusster werden sollte.“

Überaus erfreulich war auch nachstehender Beitrag von Andrea Bergmann am 8. Juli 2021 in der KLEINEN ZEITUNG:

Konsensarbeiter setzen auf den Dialog als Erfolgsrezept

Konsensgruppe hat Boden für Ortstafellösung vor zehn Jahren wesentlich mit aufbereitet – und seither wichtige Akzente gesetzt.

Von Andrea Bergmann

Brückenbauer und Versöhnungsarbeiter, so werden die Mitglieder der Konsensgruppe genannt. Viele sind überzeugt, ohne das Zusammenwirken der Vertreter von Heimat- wie Slowenenverbänden, allen voran Heimatdienstobmann Josef Feldner und Slowenenvertreter Marjan Sturm, würde es die Ortstafellösung nicht geben. Die früheren Kontrahenten und Scharfmacher schafften es, dass auch in den eigenen Reihen Wandel geschah.

Die Konsensarbeit wurde mit der Ortstafellösung 2011 nicht beendet. Heute findet der Festakt des Landes zu zehn Jahre Ortstafellösung statt, Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist in Klagenfurt.

Feldner streicht das gemein-

same Opfergedenken – vor Jahren unvorstellbar –, als grenzüberschreitende Versöhnungsarbeit hervor. Abwehrkämpfer und Kämpfer für die Nordgrenze, beide seien Opfer gewesen.

In die Zukunft geblickt sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbaufähig.

Für Sturm ist das Herausragende der Konsensarbeit, „dass man aus dem Feind einen Gegner und aus dem Gegner einen Freund macht“. Es gebe „keinen anderen Weg als den Dialog“. Damit seien Spannungen nicht weg, „aber sie werden kleiner. So kann man Dinge lösen, in der



Feldner und Sturm: Konsensarbeit als Erfolgsgeschichte FRI/12

Atmosphäre der Konfrontation nicht“, ist er aus der Erfahrung heraus überzeugt. Stolz sind Feldner und Sturm auf jüngstes TV-Interview des slowenischen Präsidenten Borut Pahor. Zur Frage, was er vom Dialog in Kärnten halte, habe Pahor gesagt: „Was die beiden Herren gemacht haben, ist großartige Arbeit.“

Im Herbst setzt die mehrfach (auch von der EU) ausgezeichnete Konsensgruppe einen nächsten Schritt: In Völkermarkt wird eine Tafel aufgestellt, auf der die Namen aller Gefallenen des Grenzkampfes stehen. Nicht nach nationaler Zugehörigkeit, sondern alphabetisch gelistet. Und der Satz: „Sie starben im Glauben an ihre Heimat.“ So sei die Lehre aus der Geschichte zu ziehen, „dass das nie wieder passiert“.

ORF-Dokumentation „Kärntens umkämpfte Grenze“ räumt dank Konsensgruppe Fortschritte im Miteinander ein

In einer am 3. Juli in ORF III ausgestrahlten Dokumentation von **Thomas Hackl** wird ausführlich über eine Grenze berichtet, die seit 100 Jahren umkämpft und Schauplatz von Auseinandersetzungen, Konflikten und Gebietsansprüchen gewesen ist. Die Dokumentation zeichnet ein buntes Bild von der konfliktreichen jüngeren Geschichte Kärntens.

Hackl: „Die Gründung der Konsensgruppe war ein Meilenstein des Dialogs“

Wichtig sei ihm gewesen, so Regisseur Hackl, Grenze nicht nur als geografisches, sondern auch als politisches Gebilde zu zeigen, als etwas, das bis heute noch in den Köpfen der Menschen verankert sei.

Und Hackl weiter:

Es hat sich aber vieles zum Besseren gewandelt, was etwa die 2006 gegründete Konsensgruppe der einstigen Kontrahenten **Marjan Sturm**, Obmann des Slowenischen Zentralverbandes und **Josef Feldner**, Obmann des Kärntner Heimatdienstes, bewiesen habe:

Vizebürgermeister Alois Dolinar im slowenischen TV und in einer Laibacher Wochenzeitung

„Der KHD ist jetzt ein Verbündeter der Slowenen“

Schon unmittelbar nach dem österreichweit breit gewürdigten Ortstafelkonsens hatte der Kärntner Heimatdienst in aus eigenen Mitteln bezahlten Zeitungseinschaltungen im Interesse des Friedens im Land für weitere zweisprachige Ortstafeln geworben. Das wurde von slowenischer Seite ebenso kaum gewürdigt, wie die Tatsache, dass der KHD vor wenigen Monaten 5.000 Euro Belohnung für die Ausforschung von antislowenischen Ortstafelbeschriftungen bezahlte.

Alois Dolinar: Dialog zwischen Sturm und Feldner „Vorbild für Slowenien“



Angesichts dieser bisher kaum gewürdigten Aktivitäten des KHD zugunsten der slowenischen Volksgruppe ist es umso bemerkenswerter und erfreulicher, wenn Anfang Juni ein prominenter Kärntner Slowene, der Klagenfurter Vizebürgermeister **Mag. Alois Dolinar** (Team Kärnten) im staatlichen slowenischen Fernsehen RTV Slovenija sowie in der Laibacher Wochenzeitung DOMOVINA den Dialog, den **Marjan Sturm** und **Josef Feldner** führen, sogar als „Vorbild für Slowenien“ hervorhebt.

VINA den Dialog, den **Marjan Sturm** und **Josef Feldner** führen, sogar als „Vorbild für Slowenien“ hervorhebt.

Nachfolgend die deutsche Übersetzung eines Auszugs aus DOMOVINA vom 3. Juni 2021:

„... Der wesentliche Umbruch in Kärnten gelang **Marjan Sturm**, der gemeinsam mit dem Obmann des KHD; einst einer ausgesprochen antislowenischen Organisation, eine Versöhnungsinitiative startete, die aktiv die Vorurteile der beiden Völker auch dadurch abbauten, dass sie beide Gedenkveranstaltungen an Gräbern der Opfer bzw. gefallener Soldaten auf beiden Seiten durchführten.

Wenn du zwei Meter unter der Erde bist, bist du kein Feind mehr. Deshalb haben diese Kommemorations eine starke Symbolik.

Der KHD; der den Slowenen in der Vergangenheit viel Schaden zugefügt hat, ist jetzt unter dem Obmann **Josef Feldner** tatsächlich ein Verbündeter der Slowenen, unterstreicht Dolinar.

„All die Verbrechen, die von totalitären Regimen begangen wurden, haben fürchterliche Narben in unseren Seelen hinterlassen. Auf diese Narben dürfen wir kein Salz streuen, sondern wir müssen sie reinigen, damit sie heilen können. Das geht nicht von heute auf morgen, das sind Generationsprobleme. Aber wenn wir nichts unternehmen, dass die Narben heilen, werden noch die nächsten Generationen darunter leiden. Deshalb ist der Dialog, den Sturm und Feldner führen, sehr produktiv. Das wäre auch ein Vorbild für Slowenien ...“.

Obiger Auszug ist einem zweiseitigen Beitrag in DOMOVINA unter nachstehenden Titel entnommen:

„Die österreichischen Medien haben während der Epidemie keinen Negativismus verbreitet. Klagenfurt ist aus einer anti-slowenischen Trostburg offen für die slowenische Volksgruppe geworden. Darüber berichtet **Lojze Dolinar**, Vizebürgermeister in Klagenfurt“

„Die österreichischen Medien haben während der Epidemie keinen Negativismus verbreitet. Klagenfurt ist aus einer anti-slowenischen Trostburg offen für die slowenische Volksgruppe geworden. Darüber berichtet **Lojze Dolinar**, Vizebürgermeister in Klagenfurt“

„Die österreichischen Medien haben während der Epidemie keinen Negativismus verbreitet. Klagenfurt ist aus einer anti-slowenischen Trostburg offen für die slowenische Volksgruppe geworden. Darüber berichtet **Lojze Dolinar**, Vizebürgermeister in Klagenfurt“

Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor würdigt Dialog

Anlässlich des slowenischen Staatsfeiertages antwortete Staatspräsident Borut Pahor in einem TV-Interview auf die Frage, was er vom Dialog zwischen **Marjan Sturm** und **Josef Feldner** in Kärnten halte:

„Was die beiden Herren gemacht haben, ist großartige Arbeit.“

Der Kärntner Heimatdienst ist ihm zu großem Dank verpflichtet

Heinz Stritzl war Mahner und Brückenbauer

So charakterisierte die KLEINE ZEITUNG am 1. Juni in einem Nachruf für ihren tags zuvor im 100. Lebensjahr verstorbenen langjährigen Chefredakteur Heinz Stritzl dessen unschätzbaren Verdienste um Kärnten.

Bei der Verabschiedung am Friedhof Klagenfurt-Annabichl führte Obmann Josef Feldner in seiner Trauerrede aus:



BU: Heinz Stritzl 2015 anlässlich eines Besuchs von Repräsentanten der deutschen Kulturvereine aus Slowenien in Klagenfurt

Wir verabschieden uns heute von einem großen Patrioten und Humanisten, der in Kärnten seine geliebte Heimat gefunden hat.

Der Kärntner Heimatdienst ist ihm zu großem Dank verpflichtet.

Heinz Stritzl hat den im Heimatdienst nach 2005 gepflegten neuen Patriotismus frei von Überheblichkeit und Aggressivität gelebt mit jeder Faser, ebenso wie die im gemeinsamen Opfergedenken in der Konsensgruppe in schönster Ausprägung realisierte Verständigung über sprachliche und ethnische Grenzen hinweg.

Und er hat maßgeblich dazu beigetragen, dieses neue Kärnten-Bewusstsein als Journalist mit Leib und Seele medial Kärnten-weit öffentlich zu machen und dabei besonders auch für die Schaffung einer neuen Ortstafelregelung zu werben.

Ein besonderes Anliegen war Heinz Stritzl der Weiterbestand und die Weiterentwicklung der deutschen Volksgruppe, insbesondere der Gottscheer in Slowenien.

Wie sehr Heinz Stritzl auch über den nationalen Tellerrand hinauszublicken vermochte, zeigte er als glühender Europäer und Kosmopolit mit großem Engagement für alle Hilfe und Schutzsuchenden auch aus fremden Kulturen.

Für ihn waren alle diese aus Not geborenen Herbergsuchenden als Menschen gleich. Er hat dabei nie nach Hautfarbe, Religion oder Herkunft unterschieden.

Mit wachem Geist und unglaublicher Energie war Heinz Stritzl bis zuletzt das Wohl auch der kommenden Generationen ein großes Anliegen.

Noch wenige Wochen vor seinem Tod übte er in seinem allerletzten Leserbrief heftige Kritik an der weltweit viel zu späten Beachtung der Corona Pandemie.

Heinz Stritzl wörtlich: „Es ist bedauerlich, dass die Politik in der Regel erst ernsthaft an Gegenmaßnahmen denkt, wenn es zu spät ist ...“

Nach dieser Anklage an die Politik ist der große Kämpfer und Mahner Heinz Stritzl für immer verstummt.

Wahren wir ihm ein ehrendes Angedenken.

Ruhe in Frieden mein lieber Freund!“

Ein Erinnerungsbuch von Menschen, die ihre Heimat verloren haben

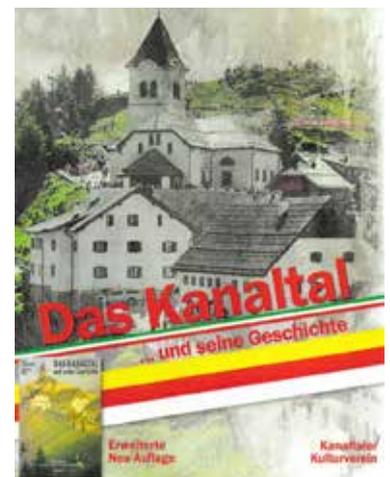
Die im Verlag des Kanaltaler Kulturvereins Kärnten im Frühsommer dieses Jahres erschienene Dokumentation „Das Kanaltal und seine Geschichte“ richtet sich an Menschen, denen das Kanaltal Heimat war und ist. Somit an Kärntner mit deutscher und an solche mit slawischer Muttersprache, an Friulaner und auch an die Italiener des heutigen „Val canale“.

Es richtet sich insgesamt an alle Menschen, denen die Bewahrung ihrer Heimat ein Anliegen ist.

Karl-Heinz Moschitz, Obmann des Kanaltaler Kulturvereines Kärnten und Herausgeber der Dokumentation beschließt sein Vorwort mit der Hoffnung:

„Der Brückenschlag, das Verbindende ist erfolgreich durchgeführt. Dass diese Brücke gepflegt wird und bestehen bleibt, ist mein großer Wunsch an die nachfolgenden Generationen.“

Das Buch ist zum Preis von 33 Euro erhältlich beim Kanaltaler Kulturverein in Kärnten, Mießtalerstraße 6 / Klagenfurt, Tel. Nr: 0664 / 348 03 24, E-Mail: mokabmi@yahoo.com



Die Stunde der Endzeitpropheten

Von KHD-Obmann-Stellvertreter Andreas Mölzer



Aktuell weltweite Wetterextreme rufen ein Heer von Weltuntergangspropheten und diverse Apokalyptiker in Fernsehsendern und Radiostationen sowie auf den Kommentarseiten der Gazetten auf den Plan, um zu verkünden, dass diese Wetterextreme die Folge des allein „menschengemachten Klimawandels“ seien und dass es fünf vor zwölf wäre, um den Planeten vor dem endgültigen Untergang zu retten.

Verschwiegen wird, dass es katastrophale Naturereignisse schon immer gab und dass der Mensch allein das Klima nicht retten kann, sondern astromischen und geodynamischen klimaverändernden Faktoren machtlos gegenübersteht.

Dennoch darf der Mensch nicht aus seiner großen Verantwortung für das Weltklima und damit für unsere Zukunft entlassen werden.

Unbestreitbar weisen in diesem Sommer auch in unseren Breiten Starkregenfälle und darauf folgende lokale Flutkatastrophen mit dramatischen Folgen auf einen Klimawandel hin. In Rheinland-Pfalz wird ein Dorf weggerissen, im salzburgischen Hallein wird der Ort überflutet.

In Nordamerika gibt es eine Hitzewelle nach der anderen mit Temperaturen über 40 Grad. Ebenso im Süden Europas, wo katastrophale Trockenheit zu riesigen, auch viele Siedlungsgebiete bedrohenden Waldbränden führt.

Seit Jahren bereitet vor allem auch das schnelle Abschmelzen der Polkappen allergrößte Sorgen.

Auch wenn angesichts dessen vernünftigerweise niemand bestreiten kann, dass es so etwas wie den Klimawandel gibt und dass für zunehmend extreme Wetterereignisse auch der Mensch bzw. die Überbevölkerung in kausalem Zusammenhang stehen, so muss dafür astronomischen und geodynamischen Faktoren, wie etwa Einflüsse durch Solenturbulenzen oder die Position des Mondes eine noch ungleich größere Bedeutung zugemessen werden.

Wachstumsfetischismus ist ein weiterer Faktor, der allein auf den Menschen zurückgeführt werden muss. Schluss damit!



aufwenden soll, nur durch Wachstum refinanziert werden müssten.

Es wäre hoch an der Zeit, der Wachstumsideologie eine klare Absage zu erteilen und mehr Bescheidenheit und Demut gegenüber den Ressourcen unseres Planeten zu entwickeln.

Weitere Anstrengungen zum Klimaschutz sind unverzichtbar



Hochwasser Hallein 2021,

Katholisch.at

Um den katastrophalen Folgen der gegenwärtigen Wetterextreme zu begegnen, sind zweifellos verstärkte Anstrengungen im Bereich des Zivilschutzes, etwa des entsprechenden Umbaus oder Rückbaus bei Gewässern, bei Gebäuden zur Sicherung gegen extreme Stürme, auch gegen Erdbeben und vieles andere in diese Richtung notwendig.

Und verbunden sein müsste dies natürlich auch mit einer Reduktion des Bevölkerungswachstums, auch der massenhaften Zuwanderung nach Europa.

Und all das gemeinsam mit der Entwicklung umweltschonender Technologie

Absage an jene, die Wetterextreme zur Freiheitsberaubung dazu nützen wollen, um unsere Grund- und Freiheitsrechte zu beschneiden

Die Annahme, dass nur ein autoritärer Reglementierungsstaat mit zahlreichen Verboten und erzwungenen Einschränkungen den Schutz der menschlichen Gesundheit, wie auch der natürlichen Umwelt und des Weltklimas gewährleisten könne, ist eine deutliche Absage an alle Errungenschaften der Aufklärung.

Anstelle des mündigen Bürgers als Souverän hätten wir nämlich sonst wieder Untertanen, verängstigt und gefügig gemacht durch entsprechende Medienberichterstattung, die alles was ein paternalistischer, zunehmend autoritär agierender Staat, basierend auf den Aussagen konformistischer Experten vorschreibt, zu akzeptieren haben .

EU steht illegaler Massenzuwanderung hilflos gegenüber

Eine neue Fluchtwelle droht

Die EU-Außengrenze ist weitgehend ungeschützt, weil die EU-Organisation Frontex, die zu deren Schutz eingerichtet wurde, dem immer stärker werdenden Ansturm, insbesondere aus Afrika nicht annähernd gewachsen ist. Nur so ist es erklärbar, dass täglich Hunderte Illegale über die grüne Grenze nach Österreich kommen können.

Wer kommt nach Europa?

Es sind nicht die Ärmsten der Armen! Es sind nahezu ausschließlich jene, die sich Schlepper leisten können



Zwei Kinder von Millionen in Afrika, die keine Chance haben nach Europa zu fliehen

Hunderte Millionen, die in Afrika und auch in Asien - zumeist in Slums - in bitterer Armut dahinvegetieren, machtlos Verfolgung in kriegerischen Gebieten ausgesetzt, haben keine Chance die beschwerliche und teure Flucht nach Europa zu schaffen.

Das ist auch der Grund dafür, dass sich unter den Flüchtlingen kaum Familien mit Frauen und Kindern aus Kriegs- oder Hungergebieten befinden.

Es sind nahezu ausschließlich vorwiegend junge Männer, unter diesen wiederum ein großer Teil Wirtschaftsflüchtlinge auf der Suche nach einem besseren Leben, möglichst in Deutschland oder Österreich.

Dazu schreibt Tassilo Wallentin unter dem Titel „Kapitulation des Rechtsstaates“ in KRONE BUNT:

„Die internationale Schleppermafia kennt unsere löchrigen Gesetze: Man muss nur einen Asylantrag stellen und erhält Grundversorgung samt Krankenversicherung.“

Laut unserem Finanzministerium (Stand 2016) beträgt die jährliche Nettobelastung pro Flüchtling 16.200 Euro.“

Ein Großteil dieser „Flüchtlinge“ bleibt bei uns, weil auch ein abgelehnter Asylantrag zumeist eine Abschiebung unmöglich macht.

So darf nicht abgeschoben werden, wer seinen Pass wegwirft und eine falsche Identität angibt, wer aus einem Land kommt, in welchem ihm Verfolgung droht, oder mit welchem es kein Rücknahme-Abkommen gibt

Verrückt ist, dass diese Abschiebeverbote auch Straftäter schützen!

Jeder zweite Täter ist Ausländer

Unter Bezugnahme auf Daten der zuständigen Bundespolizei in Deutschland ist einem Bericht im deutschen Massenblatt BILD zufolge jeder zweite Täter Ausländer:

„Sexualstraftaten, wie Kindesmissbrauch, Vergewaltigung, Nötigung in Bahnen und Bahnhöfen werden mehrheitlich von Migranten begangen.“

Das Blatt bezieht sich dabei auf den Innenexperten der CDU/CSU Mathias Middelberg der deshalb „zügige Asylverfahren und schnelle konsequente Rückführungen fordert, um die Bevölkerung zu schützen.“

Schließlich beträgt der Anteil von Flüchtlingen an Tatverdächtigen bei Vergewaltigungen – überwiegend abgelehnte Asylwerber - 15 bis 16 %. Und das bei nur etwa 2 % Bevölkerungsanteil!

Ähnlich hoch sind diese erschreckenden Zahlen auch in Österreich.

Starker Zuwachs von illegalen Migranten verschärft die Probleme

Die Tatsache, dass die Zahl „echter“ Asylberechtigter, somit Menschen, die vor Verfolgung geflüchtet sind, nur einen kleinen Prozentsatz der ins Land strömenden Migranten ausmachen und deren Zahl gegenüber dem Vorjahr rasant zunimmt, erfordert dringend gegenzusteuern.

Obwohl der Anteil an Migranten an der Gesamtbevölkerung innerhalb der EU dramatisch wächst und auch angesichts des hohen Anteils an Straftätern zunehmend zum Sicherheitsproblem für die EU-Bürger wird, bleibt die EU zahnlos.

Angesichts dessen setzen einige EU-Staaten sowie Großbritannien härtere Maßnahmen zum Schutz ihrer Bürger

Dänemarks sozialdemokratische Regierung ist seit Monaten bemüht, Asylanträge nach Kräften zu reduzieren, obwohl dort die Anzahl der Asylanträge jetzt schon nur ein Zehntel von jenen in Österreich beträgt.

Das Ziel lautet: „Null“ Asylanträge in Dänemark!

Zur Realisierung wurde Anfang Juni im dänischen Parlament die Errichtung von Asylzentren in Drittstaaten beschlossen.

„Wenn Sie in Dänemark um Asyl ansuchen, wissen Sie, dass Sie in ein Land außerhalb Europas gebracht werden, und deshalb hoffen wir, dass die Leute keinen Asylantrag mehr in Dänemark stellen werden, sagt Regierungssprecher Rasmus Stoklund.“

Wie ZUR ZEIT berichtet, verhandelt Dänemark mit mehreren Drittstaaten, unter anderem mit dem ostafrikanischen Ruanda, über die Errichtung von Asylzentren.

Mit diesen und mit anderen Maßnahmen will Dänemark den Sozialstaat für Migranten so unattraktiv wie möglich machen.

So wurden 2019 nicht nur Familienzusammenführungen deutlich erschwert, sondern auch die finanzielle Leistung um umgerechnet 268 Euro pro Familie gekürzt.

Mit drastischen Maßnahmen versucht auch Ungarn zu verhindern, dass als Asylwerber getarnte Einwanderer ins Land kommen.

Deshalb spielt Ungarn für Migranten als Zielland praktisch

keine Rolle mehr – 2019 wurden dort gerade einmal 436 Erstanträge gestellt.

Auch das ehemalige EU-Land Großbritannien setzt auf drastische Maßnahmen, um weitere Migration zu erschweren.

Wie THE GUARDIAN berichtet, soll das Vereinigte Königreich nun eine härtere Haltung gegenüber Asylwerbern einnehmen.



Großbritannien sagt illegaler Zuwanderung den Kampf an

Das am 6. Juli veröffentlichte „Asylum Reform Bill“ sieht u.a. folgende Punkte vor:

- * Asylwerber, die illegal nach Großbritannien kommen, werden nicht mehr die gleichen Rechte haben, wie diejenigen, die auf legalem Weg ins Land kommen. So soll der Zugang zu Sozialleistungen und das Recht auf Familiennachzug eingeschränkt werden.
- * Asylwerber können aus dem Vereinigten Königreich abgeschoben werden, während ihr Asylantrag oder ihre Berufung bearbeitet wird und können in Offshore-Aufnahmezentren in Afrika untergebracht werden.
- * Schließlich sollen strenge Altersprüfungen, fünf Jahre Gefängnis für bereits abgeschobene Rückkehrer sowie lebenslange Haftstrafen für Menschenschmuggler eingeführt werden.

Wird Österreich nachziehen? Dazu gibt es bereits eine Reihe von Absichtserklärungen

Bereits Anfang Juni zeigte sich Innenminister Karl Nehammer interessiert daran, wie Dänemark seine Migrationspolitik neu regeln will.



Die Tageszeitung ÖSTERREICH zitiert den Innenminister:

„Die von der sozialdemokratischen dänische Regierung im Parlament verabschiedeten Pläne zeigen einen spannenden Ansatz wie Migrationspolitik nachhaltig bewältigt werden kann.“

Auch Außenminister Alexander Schallenberg spricht anlässlich eines Treffens mit seinem maltesischen Amtskollegen Klar-text.

Die KRONE berichtet:

„Wir sind Gleichgesinnte im Kampf gegen illegale Migration. Wir können es uns nicht leisten, auf eine Einigung auf den EU-Migrationspakt zu warten.“



Und Maltas Außenminister Evarist Bartolo ergänzt Schallenberg's Aussage:

„Wie lange wollen wir noch mit dem Kopf gegen die Wand laufen?“

Zum Thema Abschiebungen im Zusammenhang mit dem Mord an Leonie verspricht Bundeskanzler Sebastian Kurz in einem großen Interview für das deutsche Massenblatt BILD unter dem Titel: „Kurz spricht aus, was wir uns nicht trauen“:

„Ich verspreche, dass wir alles tun werden, damit die Täter mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden.“

Mit mir wird es einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und eine Aufweichung der Asylgesetze gegenüber straffälligen Asylwerbern niemals geben.“



Für Verschärfungen tritt auch der sozialdemokratische burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil



in einem Interview für die KLEINE ZEITUNG unter dem Titel „In Österreich sollte kein Asylverfahren mehr stattfinden“ ein:

„Asylverfahren soll es für Österreich nur noch in Botschaften geben, solange auf EU-Ebene keine Einigung auf Asylverfahrenszentren außerhalb Europas möglich ist.“

Es bleibt zu hoffen, dass diese Absichtserklärungen auch umgesetzt werden.

Die klare Position des Kärntner Heimatdienstes zu Thema Zuwanderung Rechtsordnung akzeptieren! Lebensweise respektieren! Das heißt:

Die Zuerkennung des Asylstatus ist von der nicht verhandelbaren Akzeptanz unserer Rechtsordnung und von der uneingeschränkten Respektierung unserer Lebensweise abhängig zu machen. Die notfalls zu erzwingende Einhaltung dieser Grundregeln ist für ein friedliches interkulturelles Zusammenleben unverzichtbar.

Der Kärntner Heimatdienst sagt entschieden NEIN zu illegaler Massenzuwanderung!

Es ist inhuman Wirtschaftsflichtlinge in Massen aufzunehmen, für die es keine Arbeitsplätze gibt und die andererseits unzumutbare Belastungen für die heimische Bevölkerung bringen als gefährliches Biotop für Sozialkonflikte und Massenarmut.

Traditionelles gemeinsames Opfergedenken wurde heuer erweitert Neben Erinnern an NS-Opfer wurde auch der Nachkriegsopfer aller totalitärer Regime gedacht

Gedenken in Klagenfurt und
Leše/Lischa

Wie schon seit vielen Jahren gedachten zu Christi Himmelfahrt Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe, des Heimatdienstes und des slowenischen Zentralverbandes gemeinsam der Millionen Opfer des NS-Terrors sowie aller Nachkriegsopfer totalitärer Regime.



Bild rechts oben: v.l. Manuel Jug, Obmann Zentralverband slowenischer Organisationen, KHD-Obmann-Stellvertreter EU-Abg. a.D. Andreas Mölzer, Dr. Josef Feldner, Dr. Florian Rulitz, Landtagspräsident a.D. Rudolf Schober, Dr. Marjan Sturm und Julia Gruber (KHD-Jugend).

Gedenken an Kärntner Nachkriegsopfer in Slowenien



Opfergedenken in Slowenien v.l. Minister a.D. Ingo Pasch, Christian Lautischer und Botschafterin Elisabeth Ellison-Kramer.

Schon tags zuvor gedachten Österreichs Botschafterin in Slowenien Elisabeth Ellison-Kramer, der Verbandsobmann der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien, Christian Lautischer und Minister a. D. Ingo Pasch (Bild links oben) in Leše/Lischa (Slowenien) der von Kärnten nach Ende des 2. Weltkriegs verschleppten und grausam ermordeten Opfer.

„Aufklärung und offene Befassung mit geschichtlichen Ereignissen sind wichtig als Basis für vertrauensvollen Dialog und Versöhnung“ betonte in diesem Zusammenhang Frau Botschafterin Ellison-Kramer.

Christian Lautischer ergänzte:

„Wir haben uns heute in Liescha/Leše versammelt, weil uns ein friedliches Miteinander am Herzen liegt. Dazu bedarf es der oft zitierten Aufarbeitung der Vergangenheit, der Bereitschaft zum Entgegenkommen und zum Verständnis für den Anderen - allerdings von allen Seiten.“

Feldner: Erweitern wir den „Tag der Freude“ um „Tag der Versöhnung“

An der Gedenkstätte am Friedhof in Klagenfurt-Annabichl (Bild oben rechts) gedachte KHD-Obmann Josef Feldner zum „Tag der Freude“ des Endes des NS-Terrors, der Millionen Menschen, die aus rassistischen, religiösen und ideologischen Gründen vom nationalsozialistischen Unrechtsregime ermordet wurden sowie auch aller schuldlosen Nachkriegsopfer, um mit dem Aufruf zu schließen:

„Bauen wir den „Tag der Freude“ zur Verachtung jeglichen autoritären Gedankenguts aus, erweitern wir den „Tag der Freude“ um den „Tag der Versöhnung“, um in unserer Alpen-Adria-Region beispielgebend zu überwinden, was uns viel zulange getrennt hat!“

Marjan Sturm, Mitglied der Kärntner Konsensgruppe und Obmann a.D. des slowenischen Zentralverbandes führte u.a. aus:

„76 Jahre ist es her, dass die Tyrannei der Nazis beendet wurde. Der Weg zur Freiheit ist gepflastert mit Millionen von toten KZ-Insassen, Soldaten der Alliierten, Widerstandskämpfern und zivilen Opfern, aber auch von Soldaten der Wehrmacht, die nicht alle freiwillig in den Krieg gezogen sind.“

Die europäische Integration bietet die Chance, die unterschiedlichen Narrative im Dialog zu diskutieren und so zu einer Synthese zu kommen, die nur lauten kann: Nie wieder Gewalt, nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus und Totalitarismus, nie wieder Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Minderheiten und anderen Völkern.“

Opfergedenken auch in vielen weiteren Orten

Außer den Veranstaltungen der Kärntner Konsensgruppe in Klagenfurt-Annabichl und Liescha wurde auch von der „Grenzüberschreitenden Dialog- und Gedenkgemeinschaft“ auf Initiative von KHD-Obmann-Stellvertreter Franz Jordan in zahlreichen weiteren Kärntner Orten der schuldlosen Opfer aller totalitärer Regime gedacht.



Gedenken an Kärntner Partisanenopfer

Am Domplatz in Klagenfurt stand das Gedenken an die schuldlosen, im Mai 1945 nach Jugoslawien verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen (siehe Bild links mit Pfarrer Erich Ickelsheim von der Altkatholischen Kirche neben Franz Jordan im Mittelpunkt).

Darüber hinaus wurde in den Tagen um Christi Himmelfahrt auch in vielen katholischen Kirchen Unterkärntens für die Opfer des Krieges und der Nachkriegstage gebetet.

Diesen Gebeten schlossen sich auch der altkatholische Pfarrer Erich Ickelsheim sowie Pfarrer Ljubomir Radovanov (Orthodoxe Kirche) an.

Erinnern an Retter von 6.000 Zivilflüchtlingen

In der Stiftskirche Klagenfurt-Viktring wurde an den Arzt Dr. Valentin Meršol gedacht, der am 4. Juni 1945 am Viktringer Feld in Zusammenarbeit mit dem kanadischen Major Paul H. Barre die Auslieferung von rund 6.000 Zivilflüchtlingen durch die britische Militärmacht an ihre Verfolger verhindern konnte und sie damit vor dem sicheren Tod bewahrte.

An diesem Gedenken nahmen neben Franz Jordan auch, Vizebürgermeister Alois Dolinar, Florian Rulitz, Marjan Sturm und Franja Rastic-Gorac vom Kroatischen Weltkongress teil. (im Bild v.r.)



Vorankündigung

Gedenktafel in Völkermarkt für alle Opfer des Kampfes um Kärnten 1918/19

Am 6. Oktober 2021 wird um 14 Uhr am Stadtfriedhof in Völkermarkt eine von der Kärntner Konsensgruppe errichtete Gedenktafel enthüllt werden, auf der alle Gefallenen des Grenzstreits 1918 – 1919 von beiden Seiten in alphabetischer Reihenfolge namentlich, nicht aber nach nationaler, staatlicher oder militärischer Zuordnung erwähnt sind.

Die zweisprachige Überschrift wird lauten:

Sie starben im Glauben and ihre Heimat, weil die Politik keine friedliche Lösung des Grenzstreites gefunden hat.

Umrlji so v veri v svojo domovino, ker politika ni našla mirne rešive za mejni spor.

Bei der Eruiierung und Festlegung der Namen arbeitet die

Konsensgruppe sehr intensiv mit dem Landesarchiv und dessen Direktor Mag. Zelo zusammen. Dieser plant mit seinem Kollegen in Slowenien, dass das Kärntner Landesarchiv die slowenische Ausstellung zu Grenzstreit und Volksabstimmung in Klagenfurt präsentieren wird.

Das wäre zum ersten Mal, dass eine Ausstellung aus Slowenien zu diesem sensiblen Thema in Kärnten gezeigt wird. Nunmehr wurde vereinbart, dass beide Veranstaltungen koordiniert am 6. Oktober 2021 durchgeführt werden. Um 14.00 Uhr soll die Gedenktafel in Völkermarkt enthüllt werden und um 17.00 Uhr die Ausstellung im Landesarchiv Kärnten.

Das wäre eine wichtige und sichtbare Bestätigung dafür, dass sich das Klima im Lande wirklich verbessert hat und weiter verbessert.

Ein ähnliches Denkmal

mit ca. 500 000 Namen von Gefallenen des ersten Weltkrieges hat der französische Präsident François Hollande im Jahre 2014 in Notre Dame de la Lorette eingeweiht. Aufgeschrieben ebenfalls ohne nationale, staatliche oder militärische Zuordnung, sondern allein nach dem Alphabet.



Gendern ist ein Generalangriff auf unsere Sprache und Kultur. Ziviler Ungehorsam wäre angebracht

Begonnen hat alles schon in den Achtzigern des vorigen Jahrhunderts. Man wollte Frauen mehr Sichtbarkeit in der Sprache geben. Daraus wurde ein zunehmender Wildwuchs zulasten unserer deutschen Sprache bis hin zur Unlesbarkeit. Dabei vergaßen die Gender-Protagonisten auf das Wichtigste: Die bis heute nicht realisierte Gleichstellung der Frauen im Lohnsektor!

Innerhalb der Bevölkerung wächst der Widerstand. Mehr als zwei Drittel lehnen das Gendern ab und der Ruf nach zivilem Ungehorsam wird immer lauter!

Elementare Grundsätze unserer Sprache werden missachtet!

Der Kärntner Sprachexperte Heinz Dieter Pohl bringt es in der KRONE auf den Punkt:



„Man sollte bei Bezeichnungen wie Arzt oder Lehrer zwischen der Funktion und der Person unterscheiden. Die Funktion meint beide Geschlechter, bei der Person ist zwischen Arzt und Ärztin, Lehrer und Lehrerin, Student und Studentin zu unterscheiden.“

Sprachwissenschaftlich gesehen hat das biologische Geschlecht mit dem grammatikalischen nichts zu tun.“

Der Sprachwissenschaftler Pohl sieht die Gender-Eingriffe mehr als kritisch. Binnen-I, Gender Gap (-), Sternchen (*), bis zur x-Form (z.B: Professx) würden „krebsgeschwürartig“ um sich greifen.

Begnügte man sich anfangs mit dem Binnen-I um weibliche Personen einzubinden, z.B: LehrerInnen, so ufert das inzwischen in kuriosen Formulierungen bis zur Abschaffung von Hunderten nicht gendertem Wörtern aus.

Man (in Gendersprache: wir/sie/es) könnte darüber hinwegsehen, würde Gendern nur im privaten Bereich praktiziert werden. Aber dabei ist es nicht geblieben. Inzwischen hat der öffentliche Bereich – Schulen, Universitäten, Verwaltung usw. – Gendern zur Pflicht gemacht.

Der ORF gebraucht in vielen Nachrichtensendungen überhaupt nur mehr die weibliche Form. Das führt zu grotesken Sätzen. Einen solchen zitierte Frido Hütter am 25. März in der KLEINEN ZEITUNG.

„Im Mittelpunkt stehen AktivistInnen aus Österreich. Sie sind zum größten Teil weiblich.“

An vielen Hochschulen werden Studenten gemobbt und schlechter bewertet, wenn sie sich nicht strikt an die dort aufgestellten Genderregeln halten.

Irr: Lufthansa und AUA schaffen Anrede „Sehr geehrte Damen und Herren“ ab

Man will damit auch Menschen ansprechen und berücksichtigen, die sich weder als eindeutig männlich noch weiblich identifizieren, erklärt ein Sprecher des Lufthansa-Konzerns.

Hamburgs CDU-Chef Christoph Ploß warnt den Konzern davor, „einer linken Ideologie hinterherzulaufen.“

Und auch bei den ÖBB werden die Passagiere genderneutral mit „Liebe Fahrgäste“ begrüßt.

Zahlreiche Gemeindeverwaltungen in Deutschland und Österreich haben inzwischen geschlechtergerechte Sprache für alle Mitarbeiter zur Pflicht erklärt.



So haben sich die 7.000 Beschäftigten der Bonner Stadtverwaltung - um nur eine Stadt von vielen zu nennen - unter der grünen Oberbürgermeisterin Katja Dörner zukünftig an einen sogenannten Gender-Leitfaden zu halten.

Darin dürfen auch keine Menschen diskriminiert werden, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen.

Daraus nur einige Beispiele:

„keiner“ ist durch „niemand“ und „jede/r“ ist durch „alle“ zu ersetzen.

Kurios welche Mühe man sich macht, um das nunmehr verpönte Wort „Fischer“ oder „Angler“ zu ersetzen. Unter anderem stehende folgende Umformulierungen zur Auswahl:

„Angelnde Person; Fisch fangende Person; Mensch mit Angel oder kurz und bündig: Angelmensch!

Noch einige verbindlich(!) anzuwendende Wortschöpfungen:

- * „Alle, die in dieser Straße wohnen“ statt Anwohner
- * „Eine Person, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellt“ statt Arbeitgeber
- * „Polizeikraft“ statt Polizist
- * „treffsicherste Person“ statt Schützenkönig

Selbst der Allmächtige soll geschlechtsneutral sein. Debatte um Gott*

Bereits am 12. Dezember des Vorjahres zeigte die BILD-Zeitung auf, dass es für den Gender-Wahnsinn kein Halt mehr gibt.

Die Kirchen in Deutschland verwenden immer öfter den Genderstern – selbst bei Gott* und Jesus* Man wolle „weg von

dem strafenden, alten weißen(!) Mann mit Bart hin zu einer Gottes*Vielfalt“, fordert die Katholische Studierendenjugend KSJ.

Auch in evangelischen Kirchengemeinden wird das Geschlecht von Jesus infrage gestellt und vom Jesus* für alle gesprochen.“

Widerstand gegen Gender-Unsinn wächst. Frankreich hat Gendern in Verwaltung und Schulen verboten.

Inzwischen regt sich aller Orts in Deutschland und Österreich heftiger Widerstand gegen die selbst ernannten Sprachpolizisten.

In einer Ende Juli Deutschlandweiten ZDF-Umfrage zur Gendersprache im Fernsehen lehnen laut „Politbarometer“ 71 Prozent der Zuseher das Gendern ab. Annähernd gleich hoch ist die Ablehnung auch in Österreich.

Völlig unverständlich, dass der Duden auf seinen Internetseiten dennoch erste Schritte Pro-Gendern setzt.

In einem dramatischen Aufruf fordert der weltweit tätige „Verein Deutsche Sprache“ den Duden auf, „*seine Sexualisierungspläne zu überdenken, in Zukunft sensibler und behutsamer mit der deutschen Sprache umzugehen, und sich auf seine ursprünglichen Ziele zu besinnen.*“

Erfreulich, dass der Widerstand auch in anderen EU-Staaten wächst.

Tassilo Wallentin informiert in KRONE BUNT.

Frankreich hat das Gendern in Verwaltung und Schulen verboten. Aus Gründen der Verständlichkeit und Klarheit. Die „*Academie francaise*“, der die Pflege des Französischen obliegt, sieht im Gendern eine „*tödliche Gefahr für die französische Sprache*“.

Claudia Wirz schreibt in der „Neuen Zürcher Zeitung“:
„*Etwas mehr ziviler Ungehorsam gegenüber den größten Auswirkungen des amtlichen Tugenddiktats könnte nicht schaden.*“

Dem kann man nur beipflichten!

Rassenkampf tritt an die Stelle von Klassenkampf Anzeichen eines drohenden anti-weißen Rassismus mehrten sich

Eng mit Gender-Auswüchsen verbunden, entwickeln sich rasant gegen die „Weißen“ als weltweit siedelnde Rasse gerichtete radikale Gruppierungen, die ihren Ausgang von der US-amerikanischen „Black Lives Matter (auf deutsch: „Schwarze Leben zählen) Bewegung genommen hat. So wichtig, ja notwendig Auflehnung gegen noch immer existierende Diskriminierung von Schwarzen ist, so gefährlich ist ein oft Hand in Hand damit gehender anti-weißer Rassismus als Biotop für künftige, völlig neue Rassenkämpfe. Dem muss Einhalt geboten werden!

Irr: „Weiße Männer“ wird immer mehr antiweißen Rassisten zum Symbol-Begriff für Unterdrückung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe gebraucht



Feindbild alte Männer bild faz

In einem Interview in der KLEINEN ZEITUNG unter dem Titel „*Europa soll verschwinden*“ setzte sich der französische Philosoph Pascal Bruckner mit einem neuen antiweißen Rassismus auseinander, der „Alte weiße Männer“ zum Feindbild unserer Tage erklärt.

Bruckner wörtlich über ehemalige Klassenkämpfer:
„*Der Rassenkampf tritt an die Stelle des früheren Klassen-*

kampfes. Ein Teil der Linken will uns einreden, dass es eine Schande sei, weiß zu sein. dass wir die Henker dieses Planeten seien. Europa soll verschwinden.“

Die Gleichsetzung von „*weiß*“ mit Rassismus hat nun auch schon Wikipedia als weltweit größtes Internet-Lexikon erreicht.

BILD zitierte dazu Mitte Juli die linksliberale Politologin Emilia Roig:

„*Wenn weiße Männer Beiträge auf Wikipedia erstellen, dann ist das automatisch ein Herrschaftswissen, das Migranten, Menschen mit dunkler Hautfarbe und Frauen unterdrückt*“.

Die Beispiele für wahnwitzige Rassismus-Vorwürfe, die sogar vor den faszinierendsten Gebilden im Weltall: die schwarzen Löcher nicht Halt machen, könnten beliebig fortgesetzt werden.

Wir müssen diese weltweit gegen „*alte weiße Männer*“ gerittenen Attacken als Angriffe gegen unsere westliche Kultur insgesamt ernst nehmen, so schwer es einem angesichts der geballten Unsinnigkeiten auch fällt, weil andererseits diese Attacken bei uns ein Heer von willfährigen Erfüllungsgehilfen aus dem öffentlichen Bereich vorfinden.

Denken wir nur an die große Anzahl von Stadtverwaltungen, die in ihren Verkehrsbetrieben das Wort „*Schwarzfahrer*“ gestrichen haben, obwohl dieses mit Rassismus gar nichts zu tun hat, sondern sich aus dem jiddischen Wort „*shvarts*“ (Armut) ableitet.

**Es ist erschreckend, wie viele bei uns an den Schalthebeln sitzende „weiße Männer“ sich als Erfüllungsgehilfen den antiweißen Rassisten anbieten.
Zum Schutz unserer Kultur ist dieser Entwicklung verstärkt entgegenzutreten.**

Kritik an Gendern, Woke* und antiweißem Rassismus muss gestattet sein Wir wollen uneingeschränkte Meinungsfreiheit!

Zwei Drittel der Bürger Österreichs lehnen Gendern ab. Dennoch halten viele öffentlich-rechtliche Einrichtungen, von Gemeindeverwaltungen bis hinauf in die Ministerien eisern am Gendern fest, unterstützt vom ORF und einem großen Teil der Massenmedien. Das führt dazu, dass sich jeder zweite Bürger nicht mehr traut, offen seine Meinung zu sagen.

Auch in Deutschland ist es nicht anders: Im Juni startete die BILD-Zeitung, das auflagenstärkste deutsche Massenblatt, eine Großkampagne für das uneingeschränkte Recht auf Meinungsfreiheit.

In einem Aufruf an Kanzlerin Merkel fordert BILD „Schluss mit Einschränkungen unserer Grundrechte“

Und weiter: „Wir wollen demonstrieren dürfen, wir wollen, dass jeder in die Kirche darf oder ins Fußballstadion“. Diese in Balkenlettern an die Adresse von Kanzlerin Angela Merkel am 10. August erhobenen Forderungen stützen sich auf eine neue Allensbach-Umfrage, wonach sich 71 % der Bürger - wie erwähnt - gegen das Gendern aussprechen.

Dazu BILD:

„Ein großer Teil der Bundesbürger fühlt sich nicht beachtet, bevormundet oder stigmatisiert. Sie bezahlen für einen Rundfunk, der ihre Lebensrealität immer weniger abbildet.“

Angesichts dessen lässt BILD unter dem Titel „Wir lassen uns die Meinung nicht verbieten!“ in einer großen Debatte einfache Bürger, Kulturschaffende und auch Politiker zu Wort kommen.

Aus der Fülle von dabei geäußelter Kritik sei die ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU Christina Schröder zitiert:

„Ich habe immer wieder erlebt, dass Kritik am radikalen Islamismus als Islamfeindlichkeit verunglimpft wurde.

Das Ziel war klar: Ich sollte aus Angst vor dem Rassismusvorwurf schweigen.“

Woke*-Wahnsinn: Aktivisten wollen bestimmen, was wir noch sagen oder tun dürfen

Neben Gendern sorgt nun auch „WOKE*“ (deutsch: „wach“) - eine vor einigen Jahren in den USA entstandene Ideologie - für große Unruhe. Auch WOKE hat im „weißen, alten Mann“ das Übel der Welt erkannt und würde am liebsten alles aus Politik, Kultur und Sprache tilgen, was weiß, männlich und heterosexuell ist.

Die deutsche Tageszeitung WELT, eine der führenden Zeitungen Europas, veröffentlichte Anfang dieses Jahres einen ausführlichen Beitrag des US-amerikanischen Biologieprofessors



„Woke“ hängt stark mit „Black lives matter“ zusammen

Bret Weinstein.

Dieser ist 2017 gezwungen worden, die Evergreen Universität im Staat Washington zu verlassen, weil er sich geweigert hatte, gegen Weiße gerichtete Forderungen linksextremer „Woke“ Studenten zu erfüllen und die UNI-Leitung ihm erklärt hatte, seine Lehrveranstaltungen nicht mehr schützen zu können.

Im WELT-Interview warnte Weinstein daraufhin eindringlich davor, die „Woke“-Bewegung, die sich mit ihrem neuen Rassismus nicht nur überall in den USA, sondern auch in Europa ausbreite, zu unterschätzen.

Was können wir tun?

Nun, man könnte diese neuen Bewegungen, mit ihren wirren Regeln als Verrücktheiten abtun, würde sich das alles nur auf den privaten Bereich beschränken und nicht längst bereits einen Großteil unseres öffentlichen Lebens erfasst haben. Da bleibt uns nur:

Widerstand leisten und uns den unsinnigen Diktaten nicht beugen!

Wir bitten um einen FREIWILLIGEN BEITRAG

Der KHD erhält keine öffentlichen Mittel und bewahrt sich damit seine völlige Unabhängigkeit. Nur dank einer uns vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite und dank Ihrer Spenden sind wir in der Lage, Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie auch Projekte der deutschen Volksgruppe in Slowenien und in Friaul-Julisch-Venetien finanziell zu unterstützen.

Größte Bedeutung messen wir auch der Finanzierung aller Aktivitäten bei, vor allem jener der Kärntner Konsensgruppe, die der Erhaltung des Friedens und der Verständigung in Kärnten dienen.

Dazu zählt auch die erfolgreich gewesene – auf Seite 3 näher beschriebene – Zuerkennung einer Belohnung für die Ausforschung von Versöhnung und Verständigung gefährdeten Straftätern.

Da unsere Mittel nicht unerschöpflich sind, bitten wir auch weiterhin um Ihre Hilfe. Mit jedem Beitrag tragen Sie auch zur Festigung eines respektvollen Zusammengehörigkeitsgefühls beider Bevölkerungsgruppen in Kärnten bei. VIELEN DANK!